

Ressort: Gesundheit

FDP-Vize Kubicki lehnt Sterbehilfe-Verbot ab

Berlin, 15.01.2014, 09:09 Uhr

GDN - FDP-Vize Wolfgang Kubicki spricht sich gegen die Pläne der Union zum Verbot jeder Form von organisierter Suizid-Beihilfe aus. "Es ist für mich von zentraler Bedeutung, dass Menschen das Recht haben, ihrem Leben unter Umständen selbstbestimmt ein Ende zu setzen", sagte Kubicki der "Welt".

Der Staat dürfe "sich nicht anmaßen, den Bürgern eine solche Selbstbestimmung durch ein Gesetz wie das von der Union geplante kategorisch zu verbieten". Als Grund für seine Haltung führte Kubicki auch eine persönliche Erfahrung an. Für eine angemessene Regelung hält Kubicki den Plan, den die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) in der vergangenen Legislaturperiode vorlegte, der dann aber nicht von der Union mitgetragen wurde. Leutheusser-Schnarrenberger, so Kubicki, habe "einen sehr vernünftigen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem die kommerzielle Suizid-Begleitung verboten, aber andere Formen der Beihilfe zur Selbsttötung nicht bestraft werden sollen. Es wäre fatal, wenn der neue Bundestag von dieser Positionen abweichen und nun ein autoritäres Verbotsgesetz erlassen würde, das die Freiheit der Bürger in dieser existenziellen Frage einschränken würde."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-28421/fdp-vize-kubicki-lehnt-sterbehilfe-verbot-ab.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619